



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe Juli/August 2015

Deutschland profitiert auch von Kurzaufenthalten ausländischer Studenten

Die Hälfte der Bundesbürger ist dafür, dass Deutschland mehr Flüchtlinge als bislang aufnimmt. Das ergab jetzt eine aktuelle Umfrage der ARD. In dem ARD-Deutschland-Trend sprachen sich 44 Prozent der Befragten dagegen aus, hierzulande weitere Flüchtlinge unterzubringen. Die unterschiedlichsten Ansichten zu diesem Thema äußerten die Anhänger der Grünen und der AfD: 74 Prozent der Grünen-Anhänger können sich noch mehr Flüchtlinge in Deutschland vorstellen, 82 Prozent der AfD-Wähler sind gegen jede weitere Aufnahme. Nach Ansicht von 81 Prozent der Befragten sollte Deutschland mehr Geld investieren, um die Situation in den Heimatländern der Flüchtlinge zu verbessern.

Asylanträge mehr als verdoppelt

Die Zahl der in Deutschland Asylsuchenden hat sich im ersten Halbjahr 2015 auf 179.037 erhöht. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Januar bis Juni 2014 bedeutet dies einen Anstieg um 132,2 Prozent, wie das Bundesinnenministerium (BMI) jetzt mitteilte. Die meisten Asylbewerber kamen demnach aus Syrien (34.428), dem Kosovo (31.400), Albanien (22.209) und Serbien (15.822).

Nach den Angaben des BMI erhielten 39.552 Personen im ersten Halbjahr 2015 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention. Das galt für 34,7 Prozent aller Asylentscheidungen.



foto1a

Krankenkassenkarte für alle Asylsuchenden

Asylbewerber sollen nach dem Willen einiger Bundesländer in Zukunft gleich eine Krankenkassenkarte erhalten. Damit würde ihnen ermöglicht, im Bedarfsfall sofort einen Arzt aufsuchen zu können, ohne sich zuvor eine Zusicherung auf Kostenübernahme bei der zuständigen Behörde besorgen zu müssen. Bislang bekommen Asylbewerber erst nach einem Jahr die Krankenkassenkarte. Lediglich die Stadtstaaten Bremen und Hamburg geben Krankenkassenkarten schon gleich bei der Ankunft an alle Asylbewerber aus. Mit einer solchen Karte könnten Ärzte Asylbewerber dann ebenfalls wegen chronischer Krankheiten behandeln. Zurzeit ist ihnen das nur bei akuten Symptomen erlaubt.

„Scheinasylanten“ und „Sozialtouristen“

– Unwörter haben Geschichte und Methode

Die Aktion „Unwort des Jahres“ macht seit 1991 auf „sachlich unangemessene oder inhumane Formulierungen im öffentlichen Sprachgebrauch“ aufmerksam. Zu Unwörtern werden nach dem Verständnis der aus vier Sprachwissenschaftlern und einem Journalisten bestehenden Jury, welche die zweifelhafte Auszeichnung vergibt, sprachliche Ausdrücke, die entweder gedankenlos oder mit kritikwürdigen Intentionen verwendet werden. Als kritikwürdig gelten Formulierungen, die gegen das Prinzip der Menschenwürde oder die Prinzipien der Demokratie verstoßen, die einzelne gesellschaftliche Gruppen diskriminieren oder euphemistisch, verschleiern bzw. irreführend sind. Als Beispiel für letztgenannte Kriterien führt die Aktion den Behördenterminus „freiwillige Ausreise“ für die nur bedingt oder gar nicht freiwillige Rückkehr von Asylbewerbern in ihre Heimatländer aus Abschiebehaftanstalten an.

Das Unwort des Jahres 2013 war „Sozialtourismus“. Begründung: Mit diesem Ausdruck sei von einigen Politikern und Medien gezielt Stimmung gegen unerwünschte Zuwanderer, insbesondere aus Osteuropa, gemacht worden. Dabei suggeriere das Grundwort „Tourismus“ – in Verdrehung der offenkundigen Tatsachen – eine dem Vergnügen und der Erholung dienende Reise-tätigkeit, so die Jury. Das Bestimmungswort „Sozial“ wiederum reduziere die damit gemeinte Zuwanderung auf das Ziel, vom deutschen Sozialsystem zu profitieren. Zusammen diskriminiere der Begriff „Sozialtourismus“ Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiern ihr prinzipielles Recht hierzu, heißt es in der Erklärung für das Votum.

Und weiter: Damit reihe sich der Ausdruck „Sozialtourismus“ in ein Netz weiterer Unwörter ein, die zusammen dazu dienen, die Stimmung gegen unerwünschte Zuwanderung zu befördern.

Tatsächlich haben derartige „denunziatorische“ Formulierungen, wie sie der Migrationsforscher und emeritierte Professor für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück, Klaus J. Bade, in seinem Essay „Zur Karriere und Funktion abschätziger Begriffe in der deutschen Asylpolitik“ nennt, gerade im Zusammenhang mit dem Thema Asyl Geschichte – und längst nicht nur hierzulande. Bade verweist dazu beispielhaft auf die Konferenz von Evian 1938, bei der die Vertreter von 32 Staaten und vielen Hilfsorganisationen über die Erleichterung der Einreise von Juden debattierten, die zur damaligen Zeit vom NS-Regime terrorisiert und in Lebensgefahr gebracht wurden. Letztlich mündete diese Konferenz unter der Oberfläche wohlklingender humanitärer Erklärungen jedoch nur in vorwiegend ablehnende Voten oder inhaltliche Ausflüchte, nicht selten auch rassistische Stellungnahmen bis hin zum Begriff des „Missbrauchs von Asylrecht“, konstatiert der Wissenschaftler.

In Deutschland lebte die Debatte um die Praktikabilität von Asylrecht schon gleich nach der Staatsgründung der Bundesrepublik auf, als es darum ging, die Zuwanderung von „Wirtschaftsflüchtlingen“, wie sie genannt wurden, einzudämmen. Schon damals sollten nur noch „echte“ Flüchtlinge, also solche mit politischen Ausreisegründen, in den Genuss der begehrten Eingliederungshilfen kommen. Anfang der 1960er Jahre begann der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte, die man in der Wirtschaft zwar benötigte, jedoch nicht ohne Hintergedanken als „Gastarbeiter“ bezeichnete.



Damit verband sich die auf offizieller Bundes- und Länderebene bis Anfang der 1990er Jahre verbreitete Devise, Deutschland sei „kein Einwanderungsland“, schlägt Bade den Bogen weiter. Daher sollte auch die „Rückkehrbereitschaft“ der ausländischen Arbeitnehmer gefördert werden. Mehr oder weniger zeitgleich nahm die Abwehrhaltung gegen die Aufnahme von Asylbewerbern zu, seit deren Zahl ab Ende der 1970er Jahre deutlich anstieg. Dies führte erstmals zur Formulierung eines „Asylantenproblems“ im Wahlkampf 1980, das jedoch mit der Realität oft wenig zu tun hatte, wie der Migrationsforscher feststellt. In diesen Debatten war dann auch die Rede vom „Asylmissbrauch“, von „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“.

Nach Ansicht Bades konnten sich solche abschätzigen Ausdrücke im öffentlichen Sprachgebrauch vor allem deshalb festsetzen, weil sogenannte Wirtschaftswanderer, also Menschen, die für sich und ihre Familien jenseits ihrer Heimat nach besseren Existenzbedingungen suchen, aufgrund der restriktiven deutschen

Gesetzgebung keine andere Zuwanderungsmöglichkeit hatten oder sahen als den Weg durch ein Asylverfahren. Wenn man also denunziatorischen Unworten wie denen des „Wirtschaftsflüchtlings“ oder des „Sozialtourismus“, die für eine nüchterne Beschäftigung mit diesem Thema kontraproduktiv sind, den Boden entziehen will, dann sollte man Flucht- und Wirtschaftswanderungen besser unterscheidbar machen, rät der Migrationsforscher. Dafür müssten jedoch mehr reguläre Zuwanderungswege nach Europa eröffnet werden und über diese auch breit informiert werden.

Darin sieht Bade eine elementare Aufgabe der „Ausländerpolitik“. Zudem fordert er, zu verdeutlichen, dass Wirtschaftswanderer für Deutschland keine Bedrohung darstellen, sondern einen Gewinn, und dass die Aufnahme von Flüchtlingen nicht nur als eine mit Kosten verbundene humanitäre Verpflichtung, sondern auch als eine kulturelle und zugleich wirtschaftliche Bereicherung verstanden werden sollte. Je mehr dies erkannt werde, desto mehr entziehe man Unworten wie „Wirtschaftsflüchtling“, „Scheinasylant“ oder „Sozialtourist“ ihre demagogische Wirkung.

Der Essay „Zur Karriere und Funktion abschätziger Begriffe in der deutschen Asylpolitik“ von Klaus J. Bade erschien in der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ 25/2015), www.bpb.de/apuz

Statistik zeigt: Asylbewerber sind mehrheitlich keine „Wirtschaftsflüchtlinge“

Die immer wieder zu hörende Aussage, bei der Mehrheit der Asylbewerber in Deutschland handele es sich um „Wirtschaftsflüchtlinge“, also um Menschen, die ihre Heimat auf der Suche nach besseren Existenzbedingungen verließen, ist nachweislich falsch. Dies machten aktuelle Zahlen aus dem Bundesinnenministerium jetzt erneut deutlich. Denn danach geht rund die Hälfte aller Verfahren positiv für den Asylbewerber aus – das heißt sie suchen zu Recht um Schutz vor politischer oder sonstiger Verfolgung.

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke im Bundestag mitteilte, wurden im vergangenen Jahr 48,5 Prozent aller Asylanträge nach inhaltlicher Prüfung zugunsten des Antragstellers entschieden. Diese Quote würde nach Einschätzung von Sachkennern noch höher

ausfallen, wenn man berücksichtigt, dass viele Anträge gar nicht erst bis zur Prüfung des Inhalts vordringen, weil sie in die Zuständigkeit anderer EU-Staaten fallen. Dort wird dann die Berechtigung des Asylantrags untersucht. Nach den Aufzeichnungen der Asylbehörden belief sich die Zahl dieser Fälle im zurückliegenden Jahr auf über 45.000.

Nach den Angaben des Bundesinnenministeriums beantragten im Jahr 2014 insgesamt 202.834 Personen in Deutschland Asyl, darunter 173.072 als Erstanträge und 29.762 als Folgeanträge. Abgelehnt wurden davon 43.018 Personen, das sind 33,4 Prozent. Knapp die Hälfte der Flüchtlinge erhielt hingegen hierzulande Schutz, wurde also als asylberechtigt, als Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes oder als Personen anerkannt, die vorerst nicht abgeschoben werden dürfen.

Weniger Migrantenhaushalte von Armut bedroht

Für Migrantenhaushalte in Deutschland hat sich das Armutsrisiko in den vergangenen Jahren insgesamt vermindert. Allerdings gilt es, bei dieser Aussage zu differenzieren: Denn nur Menschen aus den klassischen Gastarbeiterländern, die schon länger in der Bundesrepublik leben, sind weniger von Armut bedroht als früher. Erst in jüngerer Vergangenheit Zugewanderte hingegen haben ein deutlich höheres Armutsrisiko. Das geht aus einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin zu „Einkommensungleichheit und Armutsrisiko“ hervor.

Eine wesentliche Ursache für die Diskrepanz zwischen Alt- und Neu-Migranten ist demnach in den unterschiedlichen Verfahren bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen zu suchen. Außerdem haben der jeweilige Migrationshintergrund und die Migrationsgeschichte Einfluss auf das Armutsrisiko. Zusammengenommen führen diese Faktoren dazu, dass Neueinwanderer mit rund 27 Prozent erheblich stärker von Armut bedroht sind als hierzulande geborene Migranten mit gut 13 Prozent.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALER DIENST
Chilehaus
Fischertwiete 2
20095 Hamburg
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Girardetstraße 2-38 (Eingang 3)
45131 Essen

STIFTUNG SOZIALER DIENST



die deutsche Tochter der
PUBLIC SERVICE FOUNDATION
eine Initiative der EUROPEAN HOMECARE